

GENOGRAPH

Journal für die Genossenschaften in Baden-Württemberg **bwgv**

Schwerpunkt Energie

Genossenschaften mit Rückenwind unterwegs

Strategieentwicklung

Der BWGV – noch besser für seine Mitglieder

Jahrespressekonferenz der Volksbanken Raiffeisenbanken

Rund 74.000 neue Mitglieder gewonnen



Wir freuen uns auf Sie!

Schreiben Sie mit an Ihrem Journal!

Die Redaktion des Geno Graph freut sich über Ideen und Anregungen zu Fachartikeln und Benchmark-Reportagen und über Beiträge aus den Genossenschaften in Baden-Württemberg.



Weitere Informationen & Kontakt Redaktion:

Thomas Hagenbucher
Fon 0711 222 13-27 70, E-Mail: thomas.hagenbucher@bwgv-info.de

Gunter Endres
Fon 0711 222 13-28 27, E-Mail: gunter.endres@bwgv-info.de



Editorial

Die Energiewende als Chance

Thomas Hagenbucher
Pressesprecher

Die Energiewende läuft auf vollen Touren. Selbst wenn es hier und da manchmal noch etwas hakt, das Jahrhundertprojekt ist nicht mehr aufzuhalten. Zu eindeutig ist der Konsens über alle Parteigrenzen hinweg und auch in der Bevölkerung. Doch so sehr der Klimaschutz eine globale Herausforderung darstellt und so sehr die Energiewende ein gesamtdeutsches Großprojekt ist – umgesetzt werden muss sie vor allem vor Ort. Eine wichtige Rolle nimmt dabei eine 160 Jahre alte, vielfach bewährte Rechtsform ein – unsere eingetragene Genossenschaft.

Denn Energiegenossenschaften bieten zwei ganz entscheidende Vorteile: Die Menschen können bei der Umsetzung von Projekten mitbestimmen, was die Akzeptanz – etwa von Windrädern – deutlich erhöht. Zudem profitieren die Bürger durch ihre Mitgliedschaft finanziell von der Energiewende. Kein Wunder also, dass gerade der Bereich Energie der Haupttreiber des seit mehr als vier Jahren andauernden Gründungsbooms ist. Von 173 eG-Neugründungen in den vergangenen vier Jahren sind 106 Energiegenossenschaften. Allein in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres sind schon sieben weitere hinzugekommen. Ein Ende des Booms ist nicht in Sicht.

Aber auch die Neu-Genossenschaften aus dem Energie-Bereich stehen vor großen Herausforderungen: So müssen sie langfristig tragfähige Geschäftsmodelle finden, die nicht allein auf Photovoltaik basieren. Stichworte dabei sind: Windkraft, Biomasse, Nahwärmenetze, Energieeffizienz und auch Dienstleistungen rund um erneuerbare Energien. Ein enger und kompetenter Begleiter in allen strategischen Fragen wird dabei der BWGV sein. Zum 1. April hat ein neuer Energieberater seine Arbeit bei uns aufgenommen, bereits Anfang März ist der Fachausschuss Energiegenossenschaften an den Start gegangen. In diesem Gremium können sich Vertreter von Energiegenossenschaften fortan untereinander und auch mit den Experten des BWGV austauschen.

Im aktuellen Heft mit dem Schwerpunkt „Energie“ lesen Sie, wie Ihr Verband am Thema Energiewende arbeitet, was der BWGV-Energieberater und der neue Fachausschuss vorhaben, wie erfolgreiche Energiegenossenschaften ihre Zukunftsfähigkeit sichern wollen – und nicht zuletzt, warum Landesumweltminister Franz Untersteller die Energiewende als Chance begreift und uns Genossenschaften so gut findet.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Thomas Hagenbucher



© Foto Albrecht Göttingen

Zu den genossenschaftlichen Nahwärmeprojekten gehören auch Biogasanlagen.

Nahwärme und Wind im Fokus

von Dr. Michael Roth

Die Gründungswelle bei Energiegenossenschaften ist nach wie vor mächtig. Die Windkraft wird bedeutender.

Bereits vor der offiziellen Einleitung der Energiewende in Deutschland haben seit dem Jahr 2008 in Baden-Württemberg nennenswerte Neugründungsaktivitäten im Bereich der Energiegenossenschaften stattgefunden. Das bis heute größte Betätigungsfeld ist dabei der Bereich Photovoltaik mit aktuell 100 Energiegenossenschaften. Ein weiterer größerer Bereich sind genossenschaftliche Nahwärmenetze, hier sind aktuell elf Genossenschaften zu verzeichnen. Zukünftig von Bedeutung sein werden Windkraftprojekte, hier ist in Baden-Württemberg aktuell eine Windenergiegenossenschaft aktiv. Weitere Genossenschaften sind in den Bereichen Stromnetze, Stromhandel und Dienstleistungen tätig. Insgesamt sind 120 Energiegenossenschaften Mitglied im Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband.

Energiewende nach genossenschaftlichen Grundprinzipien

Die Herausforderungen, die sich aus der propagierten Energiewende ergeben, sind vielfältig. So gilt es, die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten. Besonders geeignet erscheinen dabei dezentrale Strukturen, verbunden mit ökonomischen Anreizen und einer aktiven Bürgerbeteiligung. Unter Bürgerbeteiligung ist im genossenschaftlichen Kontext mehr zu verstehen als die bloße Information oder auch die finanzielle Beteiligung. Es geht um die aktive Mitgestaltung der regionalen Entwicklung durch die Bürger. Die Energiewende kann dann gelingen, wenn sie regional verankert ist und von der Gesellschaft mitgetragen wird. Konkret bedeutet dies, dass die Wertschöpfung vor Ort gesteigert wird, da die Energieerzeugung, der Netzbetrieb und die Vermarktung der Energie regional organisiert werden. Die Bezahlbarkeit der Energie ist dabei von großer Bedeutung für den Erfolg der Energiewende. Energiegenossenschaften stehen für regionale Energieerzeugung und Versorgung, dies verringert die Kosten für den überregionalen Netzausbau (Nord-Süd-Trassen) und den Ausbau der Netzinfrastruktur, da die Energie dort erzeugt wird, wo sie verbraucht wird.

Damit Energiegenossenschaften diese Aufgaben übernehmen können, ist zwingend die Anpassung des gesetzlichen Regelwerks erforderlich. In erster Linie bedarf es der Planungssicherheit für energiewirtschaftliche Projekte. Bürgerschaftlich getragene Energieprojekte benötigen verlässliche politische und regulatorische Vorgaben mit einem hohen Maß an Stetigkeit. Als Beispiele seien hier die Umgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes genannt oder ein Vorrang von Bürgeranlagen in Raumordnungsverfahren. Genossenschaften bieten sich hier als passende Rechtsform bevorzugt an, allerdings müssen die Geschäftsmodelle auch zu den gesetzlichen Vorgaben passen. Es muss also Genossenschaft drin sein, wo Genossenschaft drauf steht.

Zahlreiche Rahmenbedingungen gibt die Bundes- und Landespolitik vor. Bundesweit ist die Energiewende beschlossene Sache, zahlreiche gesetzliche Rahmenbedingungen mit Auswirkungen auf die Energiegenossenschaften werden auf Bundesebene getroffen. Aber auch die Landesregierung hat ambitionierte Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien und setzt dabei besonders auf das bürgerschaftliche Engagement. Die Ziele der Landesregierung bezüglich des Ausbaus der Windenergie sehen vor, bis zum Jahr 2020 rund 1.000 neue Windkraftanlagen zu errichten. Die Entwicklung wird bislang noch stark durch zahlreiche Unsicherheiten bei den Planungsverfahren gebremst.

Aktuelle Trends: Nahwärme und Wind

Die aktuellen Entwicklungen und Trends bei Gründungsvorhaben in den einzelnen Energiebereichen Photovoltaik, Nahwärme und Wind sind maßgeblich geprägt von den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Besonders der in der Vergangenheit stark boomende Bereich der **Photovoltaik** hat in letzter Zeit an Dynamik verloren. So werden geeignete Dachflächen zunehmend knapp, so dass neue Projekte häufig in der Freifläche entstehen. Hier sind vor allem Konversionsflächen gefragt, beispielsweise entlang von Bahn- oder Autobahnstrecken oder auf Deponien. Die in der Vergangenheit erfolgten und auch zukünftig geplanten Absenkungen der garantierten Einspeisevergütungen haben bewirkt, dass Photovoltaikprojekte immer größere Dimensionen annehmen müssen, um noch rentabel zu sein. Die gesunkenen Modulpreise konnten diese Entwicklung nicht auffangen. Dennoch entstehen weiterhin Photovoltaikprojekte, allerdings mit einer nicht mehr ganz so hohen Rentabilität wie noch vor wenigen Jahren. Im Bereich der genossenschaftlichen **Nahwärmeprojekte** ist in letzter Zeit eine starke Zunahme zu beobachten. Diese Form der Energiegenos-

– Anzeige –

GEMEINSAM FINANZIEREN – GEMEINSAM PROFITIEREN.



Mit unseren **IMMO META-Produkten** bieten wir Ihnen ein umfassendes Angebot für die **Zusammenarbeit in der gewerblichen Immobilienfinanzierung**. Ob Sie sich an einem **abgeschlossenen Kreditgeschäft der DG HYP** beteiligen oder wir Sie bei einer **Finanzierung Ihres mittelständischen Immobilienkunden** unterstützen: **Gemeinsam** sind wir **stark und erfolgreich** in der Marktbearbeitung, erschließen zusätzliches Geschäft und teilen Risiko und Ertrag. Sprechen Sie uns an.

senschaft kommt dem genossenschaftlichen Ideal sehr nahe, da das Mitglied hier Träger und Nutzer der Leistung ist. Üblicherweise werden Projekte realisiert, bei denen eine vorhandene Wärmequelle (Biogasanlage oder industrielle Abwärme) genutzt wird, um den Ort mit kostengünstiger Heizwärme zu versorgen. Einzelne Projekte errichten sich auch eine eigene Wärmequelle, was jedoch mit weiteren Investitionen verbunden ist. Der Charme von genossenschaftlichen Nahwärmetzen ist darin zu sehen, dass nach dem Kostendeckungsprinzip gewirtschaftet wird. Es müssen also keine zusätzlichen Unternehmensgewinne erwirtschaftet werden, die Teilhabern oder Aktionären von Konzernen zugesprochen werden. So kann das Mitglied einer Nahwärmegenossenschaft kostengünstigere Wärmeenergie beziehen. Die Finanzierung dieser Projekte ist eher anspruchsvoll, es können aber auch öffentliche Fördermittel in nicht unerheblichem Umfang eingesetzt werden.

Im Bereich **Windenergie** ist derzeit eine gewisse Goldgräberstimmung festzustellen. Die Akteure am Markt sind einem starken Wettbewerb um geeignete Flächen ausgesetzt. Gleichzeitig mangelt es an Projekten, die auf absehbare Zeit realisierbar sind. Für Energiegenossenschaften kann die Beteiligung an Windenergieprojekten in mehreren Varianten erfolgen. Denkbar ist, dass eine Energiegenossenschaft ein einzelnes freistehendes Windrad finanziert und betreibt, auch ein oder zwei Windräder aus einem Windpark mit mehreren Anlagen sind für eine klassische Energiegenossenschaft nach bisherigen Erfahrungen machbar.

Sehr anspruchsvoll sind Windparks, die komplett genossenschaftlich betrieben werden, hier sind wohl die Voraussetzungen in Baden-Württemberg nicht die geeignetsten. Zwingend erforderlich ist jedoch die Einbeziehung erfahrener Projektierungsbüros, da Windenergieprojekte äußerst komplex in der Realisierung sind. Zu empfehlen ist die frühzeitige enge Einbindung der örtlichen Volksbanken Raiffeisenbanken, große Expertise ist auch bei der DZ Bank vorhanden, die Finanzierungsgrundsätze auf Basis zahlreicher bundesweiter Erfahrungen aufgestellt hat (siehe Bericht Seite 27). Bereits bestehende Energiegenossenschaften werden sich wohl am häufigsten anteilig an externen Windenergieprojekten beteiligen. Hier ist auch eine Kapital- und Risikostreuung möglich, indem man sich an mehreren Projekten statt nur an einem beteiligt.

Anforderungen an die Handelnden gestiegen

Allen Gründungsvorhaben gemein ist, dass die Anforderungen an die Akteure in den Genossenschaften gestiegen sind. In der Regel sind erhebliche Investitionssummen zu stemmen und fast schon mittelständische Unternehmen zu führen. Technisch anspruchsvolle Projekte müssen beurteilt und kritisch hinterfragt werden können und die potenziellen Mitglieder müssen Vertrauen in die handelnden Personen haben, um sich an den Projekten zu beteiligen. Daraus lassen sich Anforderungen an die handelnden Personen ableiten, die sowohl im Vorstand als auch im Aufsichtsrat vorhanden sein müssen. So sind neben der technischen Kompetenz, um technische Sachverhalte angemessen beurteilen zu können, auch unternehmerische Fähigkeiten nötig.

Genossenschaften haben keine Sonderstellung ob ihres stark durch bürgerschaftliches Engagement geprägten Wesens, sie müssen sich wie andere Unternehmen auch den gesetzlichen Anforderungen stellen und die üblichen Vorgaben erfüllen beziehungsweise auch im laufenden Betrieb einhalten. Zusätzliche Fähigkeiten sind im Umgang mit den Mitgliedern der Genossenschaft erforderlich. Bislang werden die meisten Energiegenossenschaften im Ehrenamt geführt, bei der weiteren Entwicklung ist je nach Umfang der Projekte auch an eine Professionalisierung zu denken, die dann zunehmend nicht mehr ausschließlich aus dem Ehrenamt heraus erfolgen kann.

Unterstützungsangebote und Interessenvertretung durch BWGV

Alle zur Gründung einer Energiegenossenschaft erforderlichen Informationen und Unterlagen werden im Zuge der Gründungsberatung und -begleitung durch die Neugründungsberatung des BWGV zur Verfügung gestellt. Die gestiegene Bedeutung der Energiegenossenschaften für den BWGV lässt sich unter anderem auch an der Einführung eines eigenen Fachausschusses für Energiegenossenschaften im März 2013 festmachen (siehe Text Seite 32).

Zusätzlich zu den bereits seit Jahren angebotenen Erfahrungsaustauschgruppen verstärkt zudem seit April 2013 ein Berater für Energiegenossenschaft den BWGV, um die bestehenden Energiegenossenschaften gezielter unterstützen zu können (siehe Bericht Seite 22). Zukünftig können Energiegenossenschaften so beispielsweise mit Strategieworkshops und auf regionalen Vernetzungstreffen bei der Weiterentwicklung ihrer Geschäftsmodelle begleitet werden.

Zunehmend wichtig wird die Interessenvertretung der Energiegenossenschaften im Bund und im Land. Auf Bundesebene wird derzeit die Einrichtung einer Stelle für einen Energiereferenten vorbereitet, im Land findet eine sehr enge und regelmäßige Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium (siehe Interview Seite 18) statt.

Der neu ins Leben gerufene Fachausschuss der Energiegenossenschaften wird in Zukunft unter anderem die Aufgabe haben, die Themen für die politische Interessenvertretung im Sinne der Energiegenossenschaften aufzuarbeiten, so dass sich das Erfolgsmodell Energiegenossenschaft auch in Zukunft weiter dynamisch entwickeln kann.



Autor

Dr. Michael Roth
Neugründungsberater des
BWGV



© Foto Kara Cygan

„Für den Atomausstieg und den Beschluss, sieben Anlagen sofort stillzulegen, genießt die Bundeskanzlerin meine allergrößte Hochachtung“:
Der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (rechts) im Gespräch mit Dietrich Herold vom BWGV.

„Genossenschaften sind ein ideales Instrument zur Umsetzung der Energiewende“

Franz Untersteller, erster grüner Umweltminister Baden-Württembergs, will die Energiewende im Land massiv vorantreiben. Dafür sollen bis zum Jahr 2020 unter anderem mehr als 1.000 Windkraftanlagen aufgestellt werden. Eine große Rolle weist der Landespolitiker dabei den Genossenschaften zu. Für Untersteller sind sie ein ideales Instrument zur Umsetzung der Energiewende und ein Beispiel für „gelebte Demokratie“.

Herr Minister Untersteller, wie beurteilen Sie im Moment die Energiewende in Deutschland?

Jedenfalls nicht so schlecht, wie sie manchmal dargestellt wird, um es gleich zu sagen. Manches ist auf einem guten Weg. Nehmen Sie mal das Thema „Stand des Ausbaus der erneuerbaren Energien“. Die 25 Prozent, die wir heute im Bereich der Strom-

versorgung haben, hätte ich vor ein paar Jahren nicht für möglich gehalten. Es gibt aber auch Themen, bei denen wir schauen müssen, dass wir besser vorankommen. Stichwort: Infrastruktur. Wir müssen es schaffen, die aktuellen Stromnetze zu intelligenten Netzen umzubauen. Und auch die Fragen nach den Speicherkapazitäten und Speichertechnologien müssen beantwortet werden. Das sind die großen Aufgaben für die nächsten Jahre.

Was macht die Bundesregierung aus Ihrer Sicht energiepolitisch falsch?

Falsch ist beispielsweise, wenn ein Bundesumweltminister im Oktober ein Papier veröffentlicht, in dem er sagt: Bei Anpassungen des Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG) muss man alles sorgfältig und genau betrachten, das geht nicht im Hopp-lahopp, sondern erst nach der Bundestagswahl im September. Ich habe damals gesagt, Peter Altmaier hat Recht. Und im Januar macht er dann den Purzelbaum rückwärts und legt einen Vorschlag für eine „Strompreisbremse“ vor. Das ist falsch, und bei seinen Vorschlägen schaudert mir wirklich. Die sind so nicht umsetzbar.

Wo liegt das Problem?

Ganz einfach. Wie will man denn rechtfertigen, dass man denjenigen, die Anlagen auf den Dächern haben oder die in Windkraftanlagen investiert haben und die sich auf ein Gesetz berufen können, nachträglich in die Tasche greift? Für mich gilt in so einem Fall immer noch der Bestandsschutz. Zweitens, wer legt denn fest, wann derjenige, der neu investiert, künftig Geld kriegt und wann nicht. Dritter Punkt: Ich habe den Eindruck, dass Kollege Altmaier das entscheidende Thema offensichtlich noch gar nicht so richtig erkannt hat. Das entscheidende Thema ist nämlich nicht, dass die EEG-Umlage durch einen zu schnellen Ausbau der Erneuerbaren getrieben wird, sondern dass gleichzeitig der Börsenpreis sinkt. Selbst wenn wir heute nicht eine einzige Solaranlage zubauen würden, würde die EEG-Umlage deshalb steigen. Die Schere zwischen Börsenpreis und garantierter EEG-Vergütung geht immer weiter auseinander. Die Folge: Die EEG-Umlage steigt.

Ist der Altmaier-Vorstoß also nur der Bundestagswahl am 22. September geschuldet?

Ich würde schon sagen, dass da einiges unter Wahlkampf zu buchen ist, weniger unter sachgerechter Herangehensweise.

Gibt es auch sachgerechte Herangehensweisen der Bundesregierung? Macht sie aus Ihrer Sicht etwas richtig?

Sie macht durchaus einiges richtig, ja. Für den Atomausstieg im Frühjahr 2011 und den Beschluss, sieben Anlagen sofort stillzulegen, genießt die Bundeskanzlerin meine allergrößte Hochachtung. Denn so etwas umzusetzen, ist im politischen Geschäft nicht so einfach – gerade in der eigenen Partei. Und ich weiß, wovon ich rede. Auch mit dem Ziel, den Ausbau der Erneuerbaren bis zum Jahre 2050 auf ein Niveau von plus/minus 80 Prozent zu erhöhen, bin ich einverstanden. Womit ich nicht einverstanden bin, ist das, was in den vergangenen Monaten in Teilen der Union gemacht wird, nämlich die Energiewende nur noch unter Kostengesichtspunkten zu diskutieren und nicht mehr als ein Chancenthema.

Für wen bieten sich Chancen?

Für eine ganze Reihe von Akteuren. In einem Land wie Baden-Württemberg, wo sie sehr viele Technologieunternehmen haben, die von dem Thema Energieeffizienz leben, werden etliche profitieren, etwa Hersteller von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Wir haben heute in Baden-Württemberg allein im Bereich der Erneuerbaren 43.000 Arbeitsplätze. Da sind das Thema Energieeffizienz und die ganzen Forschungseinrichtungen noch gar nicht eingerechnet. Die profitieren alle davon. Aber auch die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher und der Mittelstand werden in Zukunft profitieren – weil sie sich unabhängiger von Erdöl und anderen Energieträgern machen, deren Weltmarktpreise ja mehr und mehr steigen werden.

Warum ist dann die Stimmung in der Öffentlichkeit so negativ? Sind es die Medien?

Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Spruch gilt „Bad news are good news“. Die Diskussion ist sehr stark medial getrieben – und es sind natürlich auch einige in dieser Debatte unterwegs, die interessengetrieben sind. Das muss man einfach sagen. Die Vertreter der alten Energiewelt sehen natürlich, dass die neue Energiewelt viel schneller kommt, als alle gedacht haben. Und wenn sie in der alten Energiewelt verhaftet sind, dann haben sie natürlich das Interesse, dass die Jahre, in denen ihre Investitionen sich rechnen, noch ein bisschen länger dauern. Und dann versuchen sie natürlich alles, um irgendwie zu bremsen. Das macht man über Themen, die emotionalisieren. Da zählt der Strompreis dazu und auch Horrorszenarien wie drohende Black-outs, abwandernde Industrien und Kostenexplosionen. Strompreissteigerungen haben wir nicht erst, seit Angela Merkel die Energiewende ausgerufen hat. Wir hatten zwischen 2002 und 2010 in Baden-Württemberg im Haushaltssektor Strompreissteigerungen von 45 Prozent. Wir werden auch zukünftig Preissteigerungen haben, aber wir haben keinen Hinweis darauf, dass diese stärker sind als in der Vergangenheit, sondern eher, dass sie schwächer ausfallen.

Muss man einkommensschwachen Haushalten einen Zuschuss zu den Stromkosten gewähren?

Um einkommensschwache Haushalte muss man sich natürlich kümmern, aber nicht, indem man energiepolitisch etwas macht, sondern mit sozialpolitischem Instrumentarium. Zum Strompreis insgesamt: Deutschlandweit ist es so, dass 43 Prozent der Haushalte im Standardtarif ihres Grundversorgers sind, 41 Prozent haben einen Sondertarif ihres örtlichen Grundversorgers. Gerade einmal 16 Prozent nehmen die Möglichkeiten des liberalisierten Marktes wahr, indem sie zu günstigsten Anbietern wechseln. Daraus kann man doch nur schließen, eigentlich drückt den Normalhaushalt – da meine ich ausdrücklich nicht die Haushalte am Existenzminimum – der Strompreis nicht in dem Maße, wie es medial erscheinen mag. Ich registriere aber auch die Zahlen, die jetzt sagen, dass die Zahl derer, die den Tarif wechseln, steigt, nachdem die EEG-Umlage angehoben worden ist.

Kommen wir auf die Situation in Baden-Württemberg zu sprechen. Wie zufrieden sind sie mit der Entwicklung der Windenergie?

Hier muss man sehen, in welcher Situation wir gestartet sind.

Im Frühjahr 2011 hatten wir die Ausgangslage, dass über Jahre, um nicht zu sagen über die letzten zwei Jahrzehnte, hinweg eine Politik gemacht wurde mit dem Ziel Windkraft zu verhindern. Darauf wurde alles ausgerichtet – auch die Gesetzgebung. Wir haben zeitig entschieden, dass wir damit Schluss machen wollen und dass wir die Chancen der Windenergie hier im Land nutzen möchten. Das neue Landesplanungsrecht greift seit wenigen Wochen. Ich bin zuversichtlich, dass wir bereits dieses Jahr und erst recht im nächsten Jahr Erfolge sehen. Wir werden das durchaus ambitionierte Ziel, nämlich zehn Prozent Windenergie bis 2020, auch erreichen.

Wie sehen sie die Rolle unserer Energiegenossenschaften in Baden-Württemberg? Es sind schon 120 mit gut 16.000 Mitgliedern.

Sie sind sehr wichtig. Es geht uns darum, dass privates Kapital mobilisiert wird, dass wir neue Akteure im Bereich Energie haben, nicht nur eine EnBW, nicht nur regionale Energieversorger und Stadtwerke. Ich sehe es als sehr positiv, dass sich auch Bürger an der Energiewende beteiligen. Energiegenossenschaften sind natürlich ein ideales Instrument dafür. Das ist gelebte Demokratie. Und was man nicht hoch genug einschätzen kann, ist, dass dadurch eine wesentlich höhere Akzeptanz gegenüber solchen Anlagen vorhanden ist. Ich bin natürlich eher bereit, ein Windrad zu akzeptieren, wenn ich weiß, das ist eine Anlage von meiner Nachbarschaft und mir, ich bin daran beteiligt, als wenn sie von irgendeiner anonymen Gesellschaft von weiß Gott woher betrieben wird. Und deshalb unterstützen wir Energiegenossenschaften von Anfang an. Wir haben auch einen Leitfaden zur Gründung herausgegeben und organisieren Veranstaltungen zu dem Thema. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Mich freut es, dass die Möglichkeit in diesem Ausmaß wahrgenommen wird. Und ich hoffe natürlich, dass in den nächsten Jahren noch einige Energiegenossenschaften mehr gegründet werden.

Wie finden Sie das Prinzip Genossenschaft über den Energiesektor hinaus? Ist das ein guter Weg?

Ich glaube, dass es ein sehr guter Weg ist. In der Bevölkerung hat die Rechtsform eine große Akzeptanz, eine Genossenschaft ist ja längst nichts Unbekanntes mehr. Man kennt es aus anderen Bereichen, aus dem Lebensmittelhandel, aus der Landwirtschaft auch aus dem Bankensektor. Man sieht, es ist ein bewährtes Instrument. Und ich glaube, das ist auch der Grund, warum jetzt neuerdings Energiegenossenschaften als neuer Mosaikstein in der Familie der Genossenschaften solchen Zulauf haben. Es hat nicht den experimentellen Charakter, wie das bei anderen Projekten der Fall ist, sondern man greift auf ein bewährtes Instrument zurück, das funktioniert. Das weiß man. Und man weiß auch, dass das angelegte Geld bei Genossenschaften in guten Händen ist.

Wie beurteilen Sie die ersten beiden Jahre der grün-roten Landesregierung?

Positiv. Ich denke, wir haben eine Reihe von Themen auf den Weg gebracht, und vor allem haben wir mit Winfried Kretschmann einen Ministerpräsidenten an der Spitze, der ein hohes Ansehen genießt. Wir können insgesamt nicht sehr viel verkehrt gemacht haben. Man wird in Stuttgart nicht Oberbürger-

meister mit einem grünen Parteibuch gegen einen Trend, sondern nur, wenn man Rückenwind aus dem Land hat – ohne Fritz Kuhns eigene Leistung schmälern zu wollen.

Die einen freut's, die anderen nicht.

Die Demokratie lebt vom Wechsel, und ich finde, Baden-Württemberg hat lange genug gebraucht, das zu erkennen und dann zu wagen. 58 Jahre. Klar, wenn eine neue Regierung kommt, dann hat sie erst einmal Anlaufschwierigkeiten, aber unterm Strich, wenn ich heute nach knapp zwei Jahren darauf schaue, kann man stolz darauf sein, was wir in dieser Zeit bewegt haben, was wir auf den Weg gebracht haben. Wir haben im Moment fünf Gesetzgebungsvorhaben in der Mache, die wir alle in diesem Jahr in den Landtag einbringen werden. Das fängt mit dem Klimaschutzgesetz an, geht dann über die Novelle des Wassergesetzes, dann kommt das Erneuerbare Wärmegesetz. Wir sind derzeit dabei, ein Landesumweltgesetz zu schreiben, in dem es unter anderem auch um Fragen von Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten geht.

Was wollen Sie bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode unbedingt geschafft haben?

Mir ist wichtig, dass wir das Ziel erreichen, dass Baden-Württemberg eine der führenden Klimaregionen der Welt wird, dass wir das Thema Erneuerbare voranbringen, möglichst auch mit einer breiten Akzeptanz der Bürgerschaft, und dass wir zeigen, wir können Energiewende. Aber es gibt durchaus Themen jenseits der Energiewende. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass ich moderne, zukunftsgerichtete Industriepolitik mache – in dem Sinne, dass wir gemeinsam mit der Industrie Konzepte in Richtung Rohstoffeffizienz, Ressourceneffizienz, Materialeffizienz entwickeln. Ich will Baden-Württemberg noch stärker als Standort für Umwelttechnik positionieren. Wenn man sieht, dass viele europäische Länder in den kommenden Jahren gezwungen sind, sich an die europäischen Umweltstandards anzugleichen, dann gibt es riesige Märkte. Ich habe große Lust, dabei mitzuhelfen, dass baden-württembergische Unternehmen in diesen Märkten profitieren.

Sie brauchen also noch eine zweite Legislaturperiode, um alles zu realisieren?

Man plant nie nur für eine Legislaturperiode.

Wie wird Baden-Württemberg im Jahr 2035 aussehen – wenn Umweltminister a.D. Franz Untersteller im wohlverdienten Ruhestand ist?

Ich hoffe, dass wir bis dahin bei der Energiewende vieles auf den Weg gebracht haben. Energiewende ist keine Sache von wenigen Jahren, sondern es ist ein Prozess, der noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Aber ich hoffe, dass wir bis dahin die Erneuerbaren in Baden-Württemberg zu einer tragenden Säule gemacht haben, dass wir das Thema Energieeffizienz gerade im Gebäudesektor wesentlich stärker zum Tragen gebracht haben werden als heute. Ich hoffe, dass wir Baden-Württemberg zu einer Musterregion für Energieeffizienz, für die Energiewende und für Energieforschung entwickelt haben. Und ich hoffe, dass 2035 meine grüne Nachfolgerin grüne Politik weiterführen wird.

Das Gespräch führten Dietrich Herold und Thomas Hagenbucher. ■



© Foto Albrecht Gieslingen

Was der einzelnen Genossenschaft nicht möglich ist, das schaffen viele

Netzwerk der Genossenschaften

von Nico Storz

Für den Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband ebenso wie für die Mitgliedsgenossenschaften ist die politisch gewollte Energiewende ein Thema von großer strategischer Bedeutung.

Gerade aufgrund der dezentral aufzubauenden Strukturen bietet die Energiewende für Genossenschaften mit ihrer regionalen Verwurzelung große Entwicklungs- und Investitionspotenziale, die es zu erschließen gilt. Das Netz der Genossenschaften und hier insbesondere die finanzierenden und beratenden Volksbanken Raiffeisenbanken in Zusammenarbeit mit den weit über 100 im ganzen Land entstandenen Energiegenossenschaften bieten für diese Aufgabe eine hervorragende Ausgangssituation. Auch Genossenschaften aus dem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Bereich müssen integriert werden, denn nicht zuletzt sind sie es, die bei knapper werdenden Rohstoffen Kostensteigerungen im Wärme- und Strombereich deutlich zu spüren bekommen. Neben dem dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien gilt es hier, große Potenziale im Bereich der Energieeffizienz zu bergen.

Energiebranche im Umbruch

Das vergangene Jahr 2012 stellt für die Energiebranche ein turbulentes Jahr dar. Die wohl bekannteste und offensichtlichste Neuerung ist die mehrfache Anpassung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG), die insbesondere bei Photovoltaikprojekten für viel Kopfzerbrechen sorgte. 2013 sind weitere drastische Änderungen im EEG und beim Kapitalanlagegesetz angekündigt, welche auch den Wind- und Biomassebereich treffen können. Unter den Energiegenossenschaften führt dies verständlicherweise zu einer Verunsicherung bei ihren Geschäftsmodellen, bei den finanzierenden Banken zu Unsicherheiten ob der Wirtschaftlichkeit einzelner Projekte.

Hier ist ein umfassendes und flexibles Beratungs- und Informationsangebot gefragt, welches den Genossenschaften schnell

und unkompliziert Antworten auf die sich ändernden Rahmenbedingungen bietet. Das Netz der Genossenschaften liefert dabei hervorragende Chancen, erfolgreich erprobte Modelle überregional auszutauschen und zu verbreiten. Dieser innovative Prozess ließ sich bereits im vergangenen Jahr beobachten, als sich unter vielen betroffenen Genossenschaften eine erfolgreiche, meist regionale Vernetzung entwickelte, die eine schnelle Anpassung an die geänderten Rahmenbedingungen ermöglicht. Die Genossenschaften beginnen in einem unsicheren Markt ihren größten Wettbewerbsvorteil auszuspielen: die gemeinschaftliche Zusammenarbeit an dem großen Projekt Energiewende. In Anlehnung an Friedrich Wilhelm Raiffeisen: „Was der einzelnen Genossenschaft nicht möglich ist, das schaffen viele.“

Bei der Photovoltaik (PV), dem wichtigsten Standbein der meisten Energiegenossenschaften, lässt sich dieser Prozess deutlich beobachten. Die drastische Absenkung der Einspeisevergütung für PV-Strom drohte zunächst, die erprobten Geschäftsmodelle der Bürgersolaranlagen auf den Kopf zu stellen. Doch findige Energiegenossenschaften begannen schnell zwischen Eigenstrommodellen und Direktvermarktung des Stroms zu experimentieren und neue Modelle, etwa den so genannten „Direktverbrauch“, aus der Taufe zu heben. Sie haben sich damit als zentraler und gestaltender Akteur der Energiewende etabliert. Immer mehr Genossenschaften beginnen zudem, sich nach neuen Geschäftsfeldern umzusehen. Blockheizkraftwerke und Nahwärmenetze, Stromhandel und Einsparprojekte, Windenergie, Biomasse und Wasserkraft stehen als neue Energieprojekte auf der Agenda. Auch der Betrieb lokaler Stromnetze brachte 2012 in Baden-Württemberg zwei neue Genossenschaften zu Wege und könnte Schule machen. Nach nur wenigen Jahren stellen die Bürgergenossenschaften neben Hausbesitzern und Landwirten die elementare Säule im dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien dar. Sie beweisen ein großes Innovationspotenzial, viel Rückhalt in der Bevölkerung, hohe Glaubwürdigkeit und eine optimale flächendeckende Aufstellung. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel kommt zu dem Schluss: „Ich finde, der Gedanke der erneuerbaren Energien ruft geradezu nach Genossenschaften.“

Neue Geschäftsmodelle und Strukturveränderungen

Für die lokalen Genossenschaften werden sich in den nächsten Jahren spürbare Veränderungen bei Energieprojekten ergeben. Das einzelne, auf reiner Grundlage der EEG-Vergütung kalkulierte PV-Projekt wird seltener werden, es werden sich ergänzende Finanzierungsmodelle mit Elementen des Eigenverbrauchs und der Direktvermarktung durchsetzen. Alternative Technologien werden an Bedeutung gewinnen, bringen jedoch auch neue Herausforderungen mit sich: Projekte im Wind- oder Wärmebereich bedeuten hohe finanzielle Verpflichtungen und nicht zu unterschätzende Risiken. Der zügige Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg stellt viele lokale Genossenschaften zudem vor die große Herausforderung, sich gegen erfahrene und schlagkräftige Mitbewerber zu behaupten oder zumindest auf Augenhöhe mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Bei den Energiegenossenschaften können die Jahre 2006 bis 2012 ohne Zweifel als eine starke Gründungsphase bezeichnet

Seit dem 1. April 2013 berät Nico Storz beim BWGV Genossenschaften bei Bürgerenergieprojekten. Er leitete zuvor die Geschäftsstelle des südbadischen Verbands für erneuerbare Energien, fesa e.V., in Freiburg. Hier entwickelte er die Kampagne „Energieautonome Kommunen“, die seit drei Jahren kommunale und bürgerschaftliche Akteure durch einen jährlichen Kongress, berufs begleitende Fortbildungen und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt sowie das Projekt „RegioNetz zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Klimaschutz“, das in Kooperation mit dem Landes-Agenda-Büro bei der LUBW Energiegenossenschaften, Bürgervereine und Klimaschutzgruppen am Oberrhein vernetzt. Im Rahmen seiner Tätigkeit organisierte er das Landesbüro des Bundesverbands Windenergie (BWE) in Baden-Württemberg und ist Aufsichtsrat der Solar-Bürger-Genossenschaft in Freiburg.

werden. 2013 wird das Jahr markieren, in dem die Energiegenossenschaften von der Gründungsphase in die Phase der Etablierung und Stabilisierung eintreten. Dabei werden sich viele Genossenschaften die strategischen Fragen stellen, wie sie ihr Geschäftsmodell erweitern können und ob eine engere Zusammenarbeit mit anderen Genossenschaften neue Optionen bieten kann. Auch das intensive ehrenamtliche Engagement, das viele Energiegenossenschaften durch die Gründungsjahre trägt, wird zunehmend durch eine Professionalisierung und Vereinheitlichung der Verwaltung ergänzt werden, ohne auf den starken bürgerschaftlichen Einsatz der Mitglieder, Vorstände und Aufsichtsräte verzichten zu können.

Neues Beratungsangebot „Bürgerenergieprojekte“

Der BWGV wird seine Energiegenossenschaften aktiv begleiten und unterstützen. Mit der neuen Beratungsstelle für Bürgerenergieprojekte ist die Möglichkeit geschaffen worden, zuverlässige Informationsangebote und kompetente Weiterbildungen zu entwickeln und die Bedeutung der Genossenschaftsbanken und Energiegenossenschaften bei der Energiewende auszubauen.

Besondere Bedeutung kommen dem Austausch zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern in Energiefragen, der Vernetzung der Mitglieder untereinander, der zeitnahen Information über Änderungen in den gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Interessensvertretung der Genossenschaften in Politik und Öffentlichkeit zu. Im Sinne einer koordinierten und ausgewogenen Energiewende setzt sich der BWGV dafür ein, eine sichere Energieversorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten zu ermöglichen, die den Energiegenossenschaften gleichzeitig ein hohes Maß an Planungssicherheit für den Aufbau der dezentralen Strukturen der Energieerzeugung bietet.



Autor

Nico Storz
BWGV-Berater für Bürgerenergieprojekte



© Foto T. Hagenbucher

Die Mitglieder des neuen Fachausschusses wollen die Energiegenossenschaften in Baden-Württemberg weiter voranbringen.

Energiegenossenschaften boomen: Für den BWGV Grund genug, diesen Bereich ab sofort durch ein eigenes Verbandsgremium zu würdigen. Im März hat der neue Fachausschuss Energiegenossenschaften zum ersten Mal getagt.

Ein neuer Ausschuss für den Boom-Bereich Energie

von Thomas Hagenbucher

In den vergangenen vier Jahren haben sich in Baden-Württemberg mehr als 100 Energiegenossenschaften gegründet. Um diese neuen Mitglieder einzubinden, hat der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband (BWGV) nun den Fachausschuss Energiegenossenschaften ins Leben gerufen. Bei der ersten Sitzung in der Akademie Rüppurr haben die Ausschussmitglieder BWGV-Präsident Dr. Roman Glaser zum Vorsitzenden des Gremiums gewählt. Sein Stellvertreter ist Hubert Rinklin, Vorstandsvorsitzender der Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG.

„Wir sind froh, dass Sie dabei sind“

„In der Renaissance unserer Rechts- und Unternehmensform liegt eine unglaubliche Chance für uns. Der Verband hat die Pflicht und das Ziel, die neuen Genossenschaften auf ihrem

Weg zu begleiten“, sagte Glaser in der ersten Ausschuss-Sitzung. Die Energiegenossenschaften sollen fachlich und auch in die Gremien des BWGV integriert werden. „Wir sind eine Gemeinschaft und wir sind sehr froh, dass Sie dabei sind“, hieß Glaser die neuen Ausschuss-Mitglieder aus ganz Baden-Württemberg willkommen. Neben Photovoltaik-Genossenschaften sind auch Nahwärme-eGs, die Windrad-Genossenschaft aus Ingersheim und die mehr als 100 Jahre alte Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG im Fachausschuss vertreten.

Hauptziel des Gremiums ist die Aufnahme der neuen großen Gruppe in die Verbandsstruktur des BWGV. Die Ausschuss-Mitglieder beraten über Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, tragen Themen für die politische Interessenvertretung vor, tauschen Erfahrungen und Informationen aus und sie bringen Vorschläge sowie Anregungen für die Verbandsarbeit ein. Der BWGV will sich als aktiver Begleiter der Energiegenossenschaften in strategischer Hinsicht positionieren, um diese langfristig auf dem Erfolgsweg zu halten. Diese Begleitung betrifft die Gründung neuer, die Prüfung und Beratung bestehender Energiegenossenschaften sowie deren Vernetzung und Interessenvertretung. Ganz entscheidend für BWGV-Präsident Glaser ist es, dass Energiegenossenschaften auch in Zukunft ein wirtschaftlich tragfähiges Geschäftsmodell vorweisen können. „Idealismus reicht nicht“, betonte der Ausschuss-Vorsitzende. „Die Energiewende kann nur ökonomisch fundiert gelingen.“ Die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch wurde bereits in der ersten Sitzung eifrig genutzt. So haben die Genossenschafter aktuelle Themen und Fragestellungen rund um Energiepolitik und Energiegenossenschaften mit den anwesenden BWGV-Vertretern ebenso diskutiert wie mit Gast-Teilnehmerin Nadja Milkowski, einer Energie-Expertin des baden-württembergischen Umweltministeriums.

Fachausschuss Energiegenossenschaften

Dr. Roman Glaser, Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband, Vorsitzender des Fachausschusses

Hubert Rinklin, Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG, stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses

Jürgen Bothner, Energiegenossenschaft Ingersheim u. U. eG

Helmut Kleiser, Strombezugsgenossenschaft Saig eG

Reinhold Maucher, Nahwärme Oberopfingen eG

Dieter Nemeč, BürgerEnergiegenossenschaft Voralb eG

Markus Toepfer, Bürger-Energie Bodensee eG

Heinz Weiß, Weiler Wärme eG

Rolf Wetzel, Netzkauf EWS eG

Patrik Winkler, BürgerEnergiegenossenschaft Altdorf eG

Jörg Zwosta, Mittelbadische Energiegenossenschaft eG